



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866890

P/XVI/190 - 24. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>"Alias der Kanzler"</u> "Vatersymbol" der Bundesrepublik dankte ab Von Ulrich Lohmar, MdB	54
2	<u>Verdiente Abfuhr</u> Die Metaller und die "Friedensunion"	22
3	<u>Führungskrise der CDU?</u> Das ist eine Krise der Staatsführung	21
3	<u>Alles schon degewesen</u> "Freistädte" waren immer Krisenherde	21
4 - 6	<u>Krankenhäuser in Not</u> Schattenseiten der modernen Industriegesellschaft	148

* * *
* * *

Alias der Kanzler

Von Ulrich Lohmar, MdB

Der Wahlkämpfer Konrad Adenauer, "alias der Kanzler" - so nannte eine süddeutsche Zeitung den gegenwärtigen Regierungschef. Sie antwortete damit auf die beleidigenden Angriffe Adenauers gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin. Willy Brandt hat sich in diesen Tagen das Vertrauen aller Deutschen erworben. Der alte Kanzler in Bonn kann sich damit nicht abfinden. Er hat sich so verhalten, wie er es seit Jahr und Tag gegenüber seinen eigenen Mitarbeitern tut. Schon lange leckt er nur noch den bequemen Jasagern sein Ohr. Deshalb sag er Eugen Gerstenmaier nicht, deshalb liess er Ernst Lemmer zu einer gesamtdeutschen Schauffigur werden, deshalb gilt seine Abneigung Willy Brandt.

Was sich in dieser Woche für die Regierungspartei in Bonn, die CDU, enthüllte, war die Tatsache, dass das Wattersymbol der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, sich selber von seinem Sockel stürzte. Und ein Zweites wurde sichtbar: Die CDU verfügt nicht über eine Führungsgruppe, die auch dann Autorität ausstrahlen kann, wenn das Licht Adenauers von ihr genommen wird. Die wenigen Männer, die dazu imstande wären, hat der alte Kanzler mit dem Odium der Lächerlichkeit oder der Schwäche belastet. Für die Christlichen Demokraten rächt es sich jetzt, daß sie zwölf Jahre im Windschatten Konrad Adenauers gesegelt sind.

Der alte Kanzler hat in der Krise um Ber in nicht etwa das Falsche getan. Es war schlimmer: Er hat nichts getan. Er hat abgewartet, bis sich die Situation klärte. Er hat den Berliner Bürgermeister die Kestarien aus dem Feuer holen lassen. Die Berliner haben ihm die Antwort darauf gegeben, und die Westdeutschen werden das am 17. September nachholen. Der alte Patriarch der deutschen Politik, Konrad Adenauer, hat abgedankt. Und viel hängt davon ab, ob alle Deutschen in den nächsten drei Wochen begreifen, daß Willy Brandt der einzige ist, der das Zeug hat, sein Nachfolger zu werden. Das ist keine Frage der Parteien mehr, sondern ein Problem, das unser ganzes Volk zu einer Antwort zwingt. Das war das Überraschende Ereignis der letzten Woche: Die berechenbar erscheinende Reaktion der westdeutschen Wähler stimmt nicht mehr. Eine Situation ist eingetreten, die viele mit einem Schlage aus einem Trancezustand herauswies. Die Situation fand die gewohnten Autoritäten müde und verbraucht. Ein neuer Mann war da, der klare und besonnene Antworten auf vorhersehbare, aber in Bonn offenbar nicht erwartete Fragen gab. Die Bundesrepublik fand einen neuen

Regierungschef, obwohl dieser Mann noch nicht gewählt ist, sondern um das Vertrauen seiner Landsleute ringen muss und bis zu den Bundestagswahlen leidenschaftlich, aufrichtig und nüchtern um dieses Vertrauen ringen wird. Wir wären von allen guten Geistern verlassen, wenn wir dem Regierenden Bürgermeister von Berlin das Steuer unseres Staatsschiffes nicht in die Hand gäben würden.

Wir stellen das fest, ohne damit in einen neuen Star- oder Währenkult zu verfallen oder auch Möglichkeiten für Realitäten zu halten. - Aber es ist so: Willy Brandt hat die festgefahrenen soziologischen und weltanschaulichen Fronten durchbrochen. Er hat gezeigt, was den Wert und die einzigartig Chance der Demokratie ausmacht: Die spontane Kraft einer Persönlichkeit.

Wir wissen nicht, wie der Wahlkampf in den nächsten Wochen weitergehen wird. Aber wir wissen, dass die Deutschen Willy Brandt verstanden haben, wenn er dazu mahnt, jetzt keinen innenpolitischen Bruderkrieg vom Zaun zu brechen. Man sagt zuweilen, die Berliner seien ihren Landsleuten oft um eine Nasenlänge voraus. Sie haben sich für Willy Brandt entschieden. Und wir haben es in der Hand, uns für Deutschland, für seine Demokratie, für seine Selbstachtung und für seine Zukunft zu entscheiden. Willy Brandt muss Bundeskanzler werden.

+ + +

Verdiente Abfuhr

Die Metaller und die "Friedensunion"

sp - Die "Deutsche Friedensunion" (Die Freunde Ulbrichts), muss ihre hochgespannten Erwartungen zurückschrauben. Kürzlich gewonnene Mitglieder verlassen wieder ihre ohnehin schwächeren Reihen und selbst von ihr aufgestellte Kandidaten für die Bundestagswahl, soweit sie ernsthaft ihr Gewissen prüfen, legen die Kandidatur nieder, wie es in mehreren Fällen schon geschehen ist. Sie wollen nichts mit einer Sektierergruppe zu tun haben, die in der Bundesrepublik die Geschäfte anderer besorgt und die bisher kein Wort des Protestes über die von Ulbricht-Regime in und um Berlin begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gefunden hat. Von vielen Seiten erhält die DFU verdiente Abfuhr, zuletzt wieder von den Bremer Metallarbeitern. In einer an kräftigen Ausdrücken nicht mehr ersanden Entscheidung haben sie sich gegen den Missbrauch gewerkschaftlicher Ideen durch die "Friedensunion" gewandt. Die DFU tut so, als ob gerade bei den in der Gewerkschaft IG Metall organisierten Arbeitnehmern eine gewisse Aufnahmefähigkeit für die westdeutschen Ableger Ulbrichts beständen, obwohl es gerade bei den Metallern an unmissverständlicher Ablehnung nicht gefehlt hat. Alle Liebesbekundungen der DFU gehen ins Leere, finden keine Resonanz. Wer dazu schweigt, was sich an Tragödien in und um Berlin abspielt, wer nichts zu sagen weiss über die schändliche, den Frieden störende Willkür der Ulbrichtleute und ihrer Moskauer Auftraggeber, hat sich selbst als erklärter Gegner aller dessen offenbart, was den sittlichen Gehalt deutscher Gewerkschaften ausmacht.

+ + +

- 3 -

Führungskrise der CDU ?

Das ist schon eine Krise der Staatsführung

sp - In Wahlkampfleitung und Fraktionsführung der CDU/CSU wird jetzt offen von einer "Führungskrise" der Kanzlerpartei gesprochen. Schon in der Fraktionssitzung am Dienstag war u.a. Aussenminister von Brentano das Ziel heftiger Angriffe. Grund: Man warf dem Aussenminister vor, nicht verhindert zu haben, dass der greise Kanzler in der vorausgegangenen Woche ungerichtetes Zeug von sich gegeben hatte. Auch die Tatsache, dass bei den "wichtigen Kabinettsitzungen" sieben Minister fehlten, war Diskussionsgegenstand in der CDU/CSU-Fraktion. - Wir meinen, die wackeren Kämpfer des Herrn Adenauer tun Herrn von Brentano und den übrigen Ministern Unrecht. Jahrelang hat man geduldet, dass der Kanzler den Laden allein schaukelte, seinen Vize gelegentlich in die Ecke stellte und diesen und jenen Minister mitunter sogar öffentlich desavouierte. Stets im Stich gelassen von der Fraktion, haben diese Herren längst keine Korsettstangen mehr. Wie sollten sie ausgerechnet in der Woche der grossen Berlin-Krise plötzlich die Courage aufbringen, um den Kanzler zu hindern, Unfug zu reden? Sie hätten ja wieder damit rechnen müssen, dass die Fraktion sie im Stich liess. Wer jahrelang den Untertan zum Prototyp eines Politikers macht, braucht sich nicht zu wundern, dass in kritischen Situationen eine Führungskrise offen zutage tritt, zumal dann, wenn man sich damit abfindet, die Führung einem 85-Jährigen zu überlassen und dessen Hohn und Spott, ausgeschüttet über unbequeme Kritiker, als "politische Weisheit" betrachtet. - Die Führungskrise bei der CDU/CSU ist eine Krise der Staatsführung.

+ + +

Alles schon dagewesen

"Freistädte" waren immer Krisenherde

sp - In mehreren Verlautbarungen hat Moskau den Westmächten nahegelegt, die Westberlin eine sogenannte Freistadt zu machen. Hierbei wird so getan, als sei dies die Lösung aller Probleme. In Moskau weiss man natürlich ganz genau, dass die Geschichte der europäischen Völker gerade durch sogenannte Freistädte stark belastet wurde, dass "Freistädte" immer wieder Anlass zu neuen Krisen gaben. Nach dem ersten Weltkrieg wurde Danzig eine "Freistadt". Wenige Jahre nach dem Versailler Friedensvertrag war die "Freistadt Danzig" zum internationalen Gefahrenherd geworden. Nach dem zweiten Weltkrieg experimentierten die Siegermächte mit der Schaffung des "Freies Territorium von Triest". Der frühere Adriahafen Italiens wurde zu einer geteilten Stadt, auf dem Papier legte man die Rechte der Jugoslawen und Italiener fest. Schon 1950 erwies sich auch dieses Experiment als untaugliches Mittel zur Beseitigung eines Krisenherdes. Nur dem besonnenen Verhalten der italienischen und jugoslawischen Regierung ist es zu verdanken, dass in Triest nicht der erste grosse Nachkriegskonflikt in Europa entstehen konnte. - Die Sowjets wissen das alles genau so wie wir. Wenn sie trotzdem die Schaffung einer "Freien Stadt Westberlin" vorschlagen, scheint ihnen daran gelegen zu sein, die deutsche Hauptstadt auch weiterhin als Hebel für ihre Expansionspolitik in Europa zu benutzen. Aus diesen Gründen haben die Westmächte eine solche "Lösung" des Berlin-Problems abgelehnt.

+ + +

Krankenhäuser in Not

Schattenseiten der modernen Industriegesellschaft

E.S. - Wieder wird am 30. September ein Krankenhaus in Reckenberg (Mittelfranken) seine Tore schliessen. Der Grund: Personalmangel. Eine solche Nachricht ist nicht gerade selten, doch jedesmal erschreckt sie uns, jeden einzelnen, denn mag er noch so vorteilhaft an "Wirtschaftswunder" partizipieren, er kann von einer Krankheit überfallen werden, mag er kerngesund sein, er kann einen Unfall erleiden, der ihn zur Krankenhausbehandlung anweist. Wird ihm dann die erforderliche und gewünschte Pflege nicht gewährt, so wird er seinen persönlichen Wohlstand für schal halten.

Was nutzen alle Güter, wenn eines der wichtigsten, unsere Gesundheit, so wenig gesichert ist. Was nutzen alle Fortschritte der medizinischen Wissenschaft und die raffiniertesten Apparate zur Wiederherstellung der Gesundheit, wenn sie wegen Personalmangels nicht zu unserem Wohl eingesetzt werden können.

Wir stehen hier vor einem Problem, das dringend und schnell angepackt und gelöst werden muss. Aus diesem Grunde hat die Bundesfrauenkonferenz der SPD 1961 in Oberhausen eine Entschliessung gefasst, deren Ziel es ist, die Situation der deutschen Krankenhäuser zu ändern. Sie bemüht sich darum, Wege zu finden, die den derzeitigen Mangel an Krankenpflegekräften beheben.

Die weit verbreitete Annahme, dem jungen Mädchen von heute fehle es - im Vergleich zu früheren Generationen - an Opfersinn und Einsatzbereitschaft, wurde von Dr. Elinor Hubert in der Begründung dieses Antrages zurückgewiesen. Es sei im Gegenteil so (wie das Statistische Bundesamt bestätigt), dass der Beruf der Krankenschwester von Jahr zu Jahr mehr junge Mädchen angezogen habe. Während sich 1950 unter 1000 Mädchen nur achtunddreissig für einen pflegerischen Beruf entschieden, seien es 1958 bereits fünfundachtzig gewesen. Die Tendenz sei ständig steigend. Trotzdem stellen wir heute in der Krankenpflege einen akuten Mangel an Pflegekräften fest und es erheben sich die Fragen, welches sind seine Ursachen und welche Therapie kann man ihnen entgegenzusetzen.

Ursachen des Mangels an Pflegekräften

Der erste Grund ist, dass heute mehr Menschen als früher Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen müssen, sie werden älter, haben häufiger eine Krankheit durchzustehen, die früher zum Tode geführt hätte und heute nur gesundheitliche Schwächen hinterlässt, die wiederum grössere Anfälligkeit bedingen. Viele Menschen sind alleinstehend und darum im Krankheitsfalle so hilflos, dass sie ohne Krankenpflege nicht genesen können. Andere leben in schlechten Wohnverhältnissen, und schliesslich ist durch die Berufstätigkeit vieler Familienmitglieder eine häusliche Pflege unmöglich geworden. Die Notwendigkeit im Krankheitsfalle Krankenhauspflege in Anspruch zu nehmen, hat also aus vielen verschiedenen Gründen zugenommen.

Zum ändern bedürfen viele neue medizinisch-technische Errungenschaften erfahrenen Pflegepersonals, um eingesetzt werden zu können. Auch der Ersatz der früher üblichen riesigen deprimierenden Krankenhaussäle durch kleine gemütliche Krankenzimmer steigern den Schwesternbedarf.

Während die Mädchen früherer Generationen nur sehr beschränkte Berufsmöglichkeiten hatten (Krankenpflegerin war einer der wenigen Frauenberufe), steht heute ein grosses Angebot von Arbeitsstellen der verschiedenen Berufssparten offen. Die heute ins Berufsleben tretenden Mädchen sind Angehörige geburtschwacher Jahrgänge (1940/46). Um so positiver ist die Tatsache zu werten, dass der Zugang zum Krankenpflegeberuf nicht absinkt, sondern steigt. Die Klage über einen Mangel an sittlichem und gesellschaftlichem Pflichtgefühl der jungen Generation ist also völlig unbegründet.

Veränderte Arbeitsmarktlage

Es kann aber nicht unberücksichtigt bleiben, dass das junge Mädchen von heute, das zumeist "freie" Krankenpflegerin wird, im Regelfalle nicht sein ganzes Leben lang in diesem Beruf bleibt, wie das bei den Angehörigen der religiösen Orden üblich ist. Im Falle der Verheiratung scheidet die Krankenpflegerin aus dem Berufsleben aus. Dies ist zum grossen Teil eine Folge der bestehenden konservativen inneren Organisation der Krankenhäuser. Für sie stellt die verheiratete Schwester, die gezwungen ist, eine geregelte Dienstzeit zu haben und ausserhalb des Krankenhauses zu wohnen, einen Fremdkörper im Krankenhausbetrieb dar. Es wäre erforderlich, dass sich die Krankenhäuser dieser veränderten Arbeitsmarktlage in geeigneter Weise anpassen würden.

Die vorgenannten Gründe bedingen einen Mangel an Arbeitskräften in den pflegerischen Berufen, die eine ausreichende Versorgung der Kranken gefährdet. Aller medizinische und technische Fortschritt wird dadurch unfruchtbar, dass die Menschen fehlen, die beides zur Anwendung bringen können. Wenn Krankenhausabteilungen und ganze Krankenhäuser schliessen müssen, gerät ein wichtiger Bereich der Zivilisation in eine anhaltende Rückentwicklung. Die Bundesfrauenkonferenz der SPD stellte darum die Forderung auf:

Die Bereitschaft zu freiwilligen Diensten müsse weiter gefördert werden. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Krankenschwester sollen denen anderer qualifizierter Berufe angepasst werden. Die Stellung der Schwester im Krankenhaus muss gehoben werden. Bei dem steigenden Bedarf an Krankenpflegerinnen müssen neue Wege gefunden werden, damit dieser Beruf, der selbstverständlich auch eine besondere innere Einstellung zur Hilfe am Mitmenschen voraussetzt, für junge Mädchen anziehender wird, und in ihm eine Lebens- und Berufserfüllung gesehen werden kann.

Den Vorschlag, mit einem Pflichtjahr für Mädchen - der als Äquivalent zum Wehrdienst der Männer geschaffen werden soll - den Mangel an Arbeitskräften in den pflegerischen Berufen entgegen zu wirken, hatte die Bundesfrauenkonferenz der SPD jedoch entschieden abgelehnt. In einem derartigen Lösungsversuch sieht sie grosse Gefahren.

In der Entschliessung heisst es:

"Die Erfahrungen der vergangenen Zeit mit einem Pflichtjahr haben gezeigt, dass es nicht zu grösserer Bereitschaft für häusliche und pflegerische Berufe führt. Erzwungene Dienste bringen in der Regel keine echten Leistungen. Ein Pflichtjahr ist keine Lebenshilfe für junge Mädchen und stärkt nicht die Erziehung zur Gemeinschaft und zu staatsbürgerlicher Verantwortung. Wir wollen keine Zwangsmassnahmen und lehnen das Pflichtjahr ab."

Stattdessen soll nach Meinung der SPD-Frauen durch geeignete Mittel die Bereitschaft zu freiwilligen sozialen Diensten geweckt werden. Die "Aktion Gemeinsinn" wird als eine Hilfsmöglichkeit unterstützt, jedoch

wird davor gewarnt, ihre Wirkung zu überschätzen, da gelegentliche Hilfe nichtausgebildeter Kräfte den Schwestern wenig Entlastung bringen kann.

Überalterte Vorstellungen aufgeben!

Heute ist der Beruf der Krankenpflegerin hoch qualifiziert. Einzig mit der Bereitschaft zu dienen ist er nicht mehr zu bewältigen. Ein umfangreiches Wissen und die erforderliche Intelligenz müssen hinzu kommen, wenn eine Krankenschwester die an sie zu stellenden Forderungen erfüllen soll. Diese Tatsachen zwingen auch die Öffentlichkeit dazu, überalterte Vorstellungen aufzugeben die den Bereich "Pflegepersonal" unter Sonderregelungen gestellt sehen möchten.

Junge Mädchen, die heute wirklich aus Neigung Krankenschwester werden wollen, in einer Zeit, da ihnen fast jeder Beruf offen steht, möchten wie andere Berufstätige auch ein Privatleben haben. Sie schrecken davor zurück, sich einem in der heutigen Gesellschaft nicht mehr gerechtfertigten Ordnungsbild zu unterwerfen.

Sie wünschen nicht ihre Freizeit in Schlafräumen und Tagessgemeinschaftsräumen zu verbringen. Sie wünschen nicht als "freie Schwestern" an den Exerzitien der Ordensschwestern teilnehmen zu müssen.

Sie wünschen nicht mit sechzehn Jahren, wenn sie bereits einen Beruf erlernt haben, noch einmal ganz von vorne anzufangen, zudem nach den gleichen Methoden ihrer ersten Lehrzeit, und sie wünschen nicht ein Einwirken ihrer Ober- oder Lehrschwestern auf die Gestaltung ihrer Freizeit.

Das junge Mädchen von heute fühlt sich mit sechzehn Jahren viel erwachsener und selbständiger als die Achtzehnjährigen früherer Generationen. Die Krankenpflegeausbildung muss dem entsprechen und angesichts der heutigen Anforderungen an diesen Beruf muss dem theoretischen Unterricht ein breiterer Raum gewährt werden als der praktischen Ausbildung.

Materielle Verbesserungen allein genügen nicht

Zur Besserung der Situation des Krankenpflegepersonals ist nach der Meinung der Bundesfrauenkonferenz vorranglich die Aufgabe zu lösen, in ausreichender Masse Hauspersonal einzustellen, um das höher qualifizierte Pflegepersonal von den Arbeiten zu befreien, die es an der Erledigung ihrer eigentlichen Dienste hindert. Der Mangel an Haushilfen ist aber auch nicht allein durch bessere Löhne zu beheben. Zum größten Teil ist dieser Beruf heute ausreichend entlohnt. Trotzdem wird Hausarbeit in Büros, Kantinen, Gaststätten und Privathaushalten der Tätigkeit in Krankenhäusern vorgezogen. Die Haushilfen selbst begründen das damit, dass ihnen die in den Krankenhäusern bestehende Hierarchie, in der sie die unterste Stufe einnehmen, nicht zusage.

Vielfältig sind die Gründe für den Mangel an Krankenpflegepersonal. Durch materielle Verbesserungen allein können nicht genügend junge Mädchen als Nachwuchskräfte gewonnen werden, es müssen hinzukommen eine Modernisierung der inneren Organisation der Krankenhäuser, eine Modernisierung der Ausbildung und eine neue Einstellung der Öffentlichkeit zu den pflegerischen Berufen. Wer helfen und pflegen und Dienst am Nächsten leisten will, muss nicht aus diesem Grunde auf alle Freuden des Lebens verzichten müssen, wie es häufig die Öffentlichkeit erwartet.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel